

## **Wir müssen politischer werden!**

Gedanken zu einer Kulturpolitik auf dem Prüfstand globaler Machtverschiebungen

Von Michael Wimmer/EDUCULT

Wie viele LeserInnen der Kulturpolitischen Mitteilungen bin ich groß geworden mit dem kulturpolitischen Versprechen einer „Kultur für alle“. Abgegeben wurde dieses Versprechen von Hilmar Hoffmann und seinen GenossInnen in einer historischen Phase der großen Zuversicht. Den Mühen der unmittelbaren Nachkriegszeit entronnen konnte es in den 1970er Jahren nur besser werden. Das Tor schien weit offen für eine bessere Zukunft.

Ja, auch damals gab es fundamentale politische Auseinandersetzungen über denen der alles bestimmende Ost-West-Konflikt lag. Darunter aber überwog der historisch materialistisch unterfütterte Glaube an eine stetige Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, die früher oder später alle Menschen erreichen würde. Die politischen Perspektiven setzten auf eine immer weiter voran schreitende soziale Homogenisierung. Auf den Fundamenten eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates würde sich eine für alle gleichermaßen zugängliche Kulturbetrieblichkeit erheben und damit zur umfassenden *Vermittelständigkeit* im Rahmen einer liberalen und demokratischen Verfasstheit im Herzen Europas und von hier aus in immer mehr Ländern beitragen.

Es ist anders gekommen. Der 20. Jänner 2017 markiert einen Wendepunkt in der globalen Geschichte, die in den Geschehnissen der letzten Jahre bereits seine Konturen gewonnen, aber mit der Präsidentschaft eines skrupellosen Geschäftsmannes ohne jegliche politische Erfahrung just im Zentrum der sogenannten „Freien Welt“ ihr bestimmendes Gesicht erhalten hat. Während wir unverbrüchlich versuchen, den kulturpolitischen Auftrag von damals zu erfüllen rücken uns die existentiellen Gefahren immer näher und erschüttern unser aller Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen in einer rundum verunsicherten Welt.

An den europäischen Grenzen verschärfen sich die kriegerischen Auseinandersetzungen, ertrinken massenhaft Menschen auf der Flucht und auch innerhalb Europas vertiefen sich die Konfliktlinien und bedrohen das Projekt des europäischen Einigungsprozesses. Die wachsende Unordnung der Welt kommt unserer eigenen Haustür immer näher und macht es unmöglich, ihre Auswirkungen aus dem Feld der Kultur draußen zu halten. Mögliche Bedrohungsszenarien, die mit der Figur Trump ihren paradigmatischen Ausdruck gefunden haben, sind nicht mehr Gegenstand der Beobachtung von Phänomenen weitab unseres Alltags. Sie sind mitten unter uns angekommen und zwingen uns – ob wir wollen oder nicht – eine Haltung dazu zu entwickeln, weil wir unmittelbar davon betroffen sind.

### **Von „Yes, we can!“ zu „Yes, I will!“**

Erinnern wir uns zurück an Barack Obamas Siegesrede von vor acht Jahren: Der Slogan „Yes, we can!“ war damals in aller Munde verbunden mit der Hoffnung, noch einmal den Optimismus aller Menschen zur Verbesserung ihrer Lebenschancen weit über die USA hinaus zu stärken. Und was ist daraus geworden? Die politischen KommentatorInnen zeichnen heute ein durchwachsendes Bild von

Obamas Amtszeit; der nachhaltigste Kritikpunkt liegt wohl darin, dass es ihm nicht gelungen ist, die Mehrheit seiner MitbürgerInnen zu einer Haltung gebracht zu haben, welche die Wahl dieses Nachfolgers verunmöglicht hätte.

Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten repräsentiert das Ende des liberalen, auf Vielfalt begründeten Hegemonieanspruchs in der westlichen Welt. Donald Trump, der wie kein anderer eine idealtypische Verkörperung neoliberaler Ideologiebildung darstellt hat bereits in seinen ersten Stellungnahmen klar gemacht, wie wenig er von liberalen-demokratischen Errungenschaften hält. Mit dem Diktum „Amerika first!“ steht zu erwarten, dass er alles daran setzen wird, seine persönlichen Interessen durchzusetzen – koste es was es wolle – und dabei keine Kollateralschäden zu scheuen. Alle Interpretationen seiner oft absichtsvoll unklaren Äußerungen deuten darauf hin, dass er bereit dazu ist, sich dafür mit autoritären Regimen in Allianzen zu begeben, die bislang an der – zuallererst – von den USA repräsentierten Westlichen Welt einen mächtigen Widerpart gefunden haben.

Europa sieht sich von einem Tag auf den anderen weitgehend unvorbereitet angesichts einer neuen Allianz antidemokratischer Regime, die von China und Russland, über die Türkei und die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres nunmehr bis nach Nordamerika reichen. Und auch innerhalb des europäischen Festungsbaues wittern autoritäre, auf weitere nationale Abschottung drängende Kräfte Morgenluft.

### ***„Trump versucht Europa zu zerstören“***

Galten die USA bislang als Garanten eines Europa auf dem mühsamen Weg in die liberale Demokratie, so ist der ehemalige Befreier faschistischer Vorherrschaft heute drauf und dran, die Seiten zu wechseln und sich mit einem autoritativ regierten, illiberalen Russland zu verbünden, mit der Absicht, damit die Grundfesten eines vereinten Europas zu erschüttern. Die ansonsten besonnene Stimme des ehemaligen Chefs des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung Karl Aiginger bringt es auf den Punkt: „Trump versucht Europa zu zerstören“.

Dies aber bedeutet – und noch trauen wir uns nicht darüber nachzudenken – eine weitere Gefährdung des europäischen Friedensprojektes, das sich in einer neuen geopolitischen Konstellation ab sofort an zumindest drei Fronten politischer GegnerInnen gegenüber sieht und auf diese Weise zur Kenntnis nehmen muss, dass gerade die letzten Reste der Nachkriegsordnung zu Grabe getragen werden.

### ***Eine Welle des illiberalen Nationalismus wird über Europa schwappen***

Es spricht wenig dafür, dass Europa als einzig verbleibender Hort des demokratischen Liberalismus das Weltgeschehen nachhaltig beeinflussen wird können. Als politische Union selbst nur sehr ungenügend demokratisch legitimiert, erleben die europäischen Gesellschaften ein Revival nationalistischer und antidemokratischer Kräfte, die zunehmend die politische Agenda des alten Kontinents bestimmen. Und wir müssen schmerzlich zur Kenntnis nehmen, dass es im Zuge der Nachkriegseuphorie, der sich u.a. „Kultur für alle“ verdankt, nicht gelungen ist, den Geist eines illiberalen Autoritarismus ein für alle Mal zu eliminieren, sondern bestenfalls in einer außerordentlichen Phase wirtschaftlicher Prosperität halbwegs im politischen Zaum zu halten.

Zur Erinnerung: Noch zu Ende der 1990er Jahre konnten sich die Mitglieder des europäischen Rates auf – freilich weitgehend unwirksame – Sanktionen gegen eine Regierungsbeteiligung der österreichischen FPÖ einigen. Heute scheinen sich dieselben FunktionsträgerInnen nicht nur mit dem Phänomen Berlusconi, sondern mittlerweile mit einer Reihe illiberaler Regime, sei es in Orbans Ungarn, Kaczyńskis Polen oder Ficos Slowakei abgefunden zu haben. Und jetzt warten Le Pen, Wilders, Strache, Grillo und Co nur darauf, es Trump nachzumachen, während May die Vorläuferin für das drohende Auseinanderbrechen der Europäischen Union gibt, die drauf und dran ist, ihre Legitimität als politische Hoffnungsträgerin bei einer Mehrheit der europäischen Bevölkerungen zu verlieren.

Dieser Analyse folgend kommen wir um die Aussage nicht herum, dass wir uns in der Gefahr befinden, unsere Lebensumstände könnten sich – schon binnen kurzer Zeit – nachhaltig verschlechtern. Sehr persönlich formuliert, konkretisiert sich die Vorstellung, dass die Grundannahme der eigenen Jugend, wonach sich die Verhältnisse stetig (weil historisch determiniert) zum Besseren wenden würden, falsifiziert werden muss. Ungeachtet der gewaltigen Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums (und damit verbunden des kollektiven Wissens) spricht im Moment nichts dafür, dass sich dieser nochmals in kollektiven Optimismus überführen ließe. Das Gegenteil ist der Fall: (Fast) alles spricht dafür, dass wir schweren Zeiten entgegen gehen und gefordert sind, neue Formen des Widerstandes gegen die zu erwartenden weiteren Abbruchversuche mühsam erkämpfter demokratischer Errungenschaften zu entwickeln.

Daran – und das ist eine weitere Form der Pervertierung des öffentlichen Diskurses – sind nicht die Flüchtlinge schuld. Nicht sie sind es, die das europäische Projekt demokratischen Zusammenlebens gefährden. Es ist zuallererst die Neuausrichtung der globalen politischen Machtverhältnisse, die früher oder später unser aller Denken und Handeln nachhaltig beeinflussen werden. Wer in diesen Tagen die Berichte über das Flüchtlingselend z.B. in Belgrad verfolgt, erkennt unmittelbar, dass von diesen Menschen (unter ihnen viele kleine Kinder) keine Weltverschwörung ausgeht.

Zur Beantwortung der Frage, wie das alles möglich geworden ist, wird gerne das wachsende Auseinanderdriften der Eliten und der sogenannten „einfachen Leuten“ ins Treffen geführt. Nicht die „Besitzenden“, die mit ihren Ressourcen in der Lage sind, die Verhältnisse in die eine oder andere Richtung zu beeinflussen, stehen unter Verdacht, sondern diejenigen, die sich auf den Fortbestand liberaler, auf Vielfalt und demokratischer Interessens- und Konfliktaustragung beruhender Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens berufen. Ihnen wird zunehmend Verrat an Partialinteressen im nationalen Gewand vorgeworfen, dessen unbedingte Durchsetzung künftig über allen demokratischen Errungenschaften zu stehen habe.

### ***Über Verrat und Überläufertum***

Die Neuordnung der diesbezüglichen Verhältnisse, folgt man etwa Didier Eribon in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“<sup>1</sup>, besteht vor allem im Zusammenbruch eines intakten Verhältnisses zwischen diesen einfachen Leuten und ihren ehemaligen WortführerInnen. Eribon macht deutlich, dass in uns allen ein gehöriges Quantum an Abgrenzungsbedürfnis besteht, das sich nur zu gerne in rassistischen oder sonst wie feindlichen Übergriffen äußern würde. Im Verlauf der Entwicklung proletarischer Parteien wäre es ihren AnführerInnen aber gelungen, disziplinierend zu wirken und es ihren AnhängerInnen unmöglich zu machen, diesbezügliche Ressentiments zu kultivieren,

---

<sup>1</sup> Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims, edition suhrkamp

geschweige denn auszuleben. Mit dem Verrat der sozialistischen Parteien hätten ihre Wortführer Gerhard Schröder, Tony Blair oder Francois Hollande die Interessen ihrer Klientel an den kapitalistischen Mainstream und seinem Primat der Konkurrenz und unbedingten Durchsetzungskraft verkauft. Auf der Strecke geblieben seien dabei die Werte einer auf Solidarität gegründeten Gegenkultur; stattdessen hätten deren Emporkömmlinge in besonderer Weise die Schleusen geöffnet, wenn es darum geht, alle diesbezüglichen Vorbehalte zur Aufrechterhaltung von Solidarität und Mitmenschlichkeit hinter sich zu lassen.

Die Konsequenzen zeigen sich in der wachsenden Bereitschaft zu einem politischen „Überläufertum“, im dessen Rahmen die erstarkenden autoritären Kräfte offen dazu einladen, sich „als Arschloch zu bekennen“ und „die Sau raus zu lassen“. So fühlen sich die (potentiellen) VerliererInnen der aktuellen kapitalistischen Entwicklung einladen, ihr Mütchen an denen zu kühlen, denen es noch schlechter geht. Besonders betroffen sind just diejenigen, die an den Folgen des wachsenden globalen Ungleichgewichts am meisten zu leiden haben (und die unglaublichsten Strapazen auf sich nehmen, um den unmittelbaren Folgen zu entkommen). Im aktuellen Prozess der politischen Selbstüberbietung (z.B. in Form von Ankündigung von Verweigerung von Zutritt, Asyl oder Mindestsicherung,...) müssen sie als diejenigen herhalten, die für die Verschlechterung der Lebensverhältnisse von immer mehr Menschen verantwortlich gemacht werden. Und immer mehr Menschen sind dazu bereit, sich – mangels politisch überzeugender Alternativen – an diesem Prozess der Entsolidarisierung zu beteiligen und Figuren á la Trump in ihrer Zuschreibung als „Oberarschloch“<sup>2</sup> zu wählen.

Im täglichen Lamentieren über den politischen, wirtschaftlichen und zunehmend auch sozialen Zustand Europas vergessen wird nur zu leicht, dass Europa mit seinen 500 Millionen EinwohnerInnen nach wie vor die erste Wirtschaftsmacht der Welt darstellt. In einer Phase des zugespitzten globalen Wettbewerbs ist es ja nur logisch, wenn der neue US-amerikanische Präsident versucht, diese Vorherrschaft Europas zu brechen und sei es um den Preis, bestehende Allianzen zur in Frage zu stellen. (Seine Aussagen über die Überkommenheit des westlichen Verteidigungsbündnisses NATO sind dafür mehr als ein Indiz).

Alles deutet darauf hin, dass sich Europa im Kampf um die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer liberal-demokratischen Weltordnung nicht mehr blind auf seinen Verbündeten USA wird verlassen können. Dieser Umstand ist sehr bedrohlich; zugleich stellt er die Chance für den Kontinent dar, sich noch einmal auf seine Stärken zu besinnen, nicht nur auf seine ökonomischen sondern auch auf seine politischen. Immerhin ist es auf diesem ewigen Kriegsschauplatz gelungen, ein konkrete politische Utopie eines auf Humanität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie basierendes Zusammenlebens zu entwickeln, hinter die im weiteren Fortschreiten der globalen Beziehungen ohne der Erfahrung des Verlusts und der Einschränkung nicht mehr zurückgegangen werden kann.

### ***Es formiert sich Widerstand***

Und so könnten wir den knappen Wahlsieg des neuen österreichischen Bundespräsidenten Alexander van der Bellen, gerade in einem Land, in der europafeindliche Rechtspopulismus zuletzt eine besonders breite Zustimmung gefunden hat, als eine Ermutigung sehen, dass noch nicht alles verloren ist. Das gilt auch für den breiten Widerstand der rumänischen Zivilgesellschaft, die nicht

---

<sup>2</sup> Aaron James (2016): Assholes: Zum Beispiel Donald Trump, Goldmann

bereit ist, die Wiedererrichtung autoritärer, auf umfassender Korruption gebauter Herrschaft einfach hinzunehmen.

Diese sehr kursorische Skizzierung der fundamentalen Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen für die künftige Ausgestaltung von Kulturpolitik will deutlich machen, dass es wenig Sinn macht, die Konzepte aus den 1970er Jahren fortzuschreiben. Mit „Kultur für alle“ brauchen wir weiten Teilen der Bevölkerung schon deshalb nicht mehr kommen, weil in einer Phase der wachsenden sozialen Ungleichheit die Idee nicht nur der Bedeutung einer „gemeinsamen Kultur“ sondern vor allem von „alle“ abhandengekommen ist; da haben schlicht immer mehr Menschen andere Sorgen und Erwartungen.

Zugleich war es noch nie so wichtig, auch mit dem Mitteln der Kulturpolitik die mühsam erkämpften Errungenschaften der liberal-demokratischen Grundordnung in einer hoch ausdiversifizierten Migrationsgesellschaft mit neuem Leben zu erfüllen; die Zukunft des Kulturbetriebs als relevanter Faktor gesellschaftlicher Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, ob es ihm gelingt, der wachsenden Bereitschaft „überzulaufen“ die eine oder andere überzeugende Alternative entgegen zu setzen. Wenn uns da nicht gelingt, mutiert Hilmar Hofmann Slogan zu „Unterhaltung für alle“ in hoffnungsloser Zeit.

*P.S.: Am 30.März 2017 findet an der Universität für angewandte Kunst in Wien ein vom Autor kuratiertes internationales Symposium „Kulturpolitik und Rechtspopulismus“ statt, das sich mit den Konsequenzen der aktuellen politischen Entwicklungen für den Kunstbetrieb befassen wird.*

*PPS: Weitere Texte des Autors finden sich auf dem EDUCULT-Blog unter: <http://educult.at/blog/>*